

Unabhängige
Zeitung
an der RUB

Nr. 60 • 8. Mai 2001

2313



Opfer
ohne
Täter?

In diesem Heft:

- Hochschule** Gegen den Bildungsabbau in NRW
- Thema** Ausstellung *Anwalt ohne Recht* in Bochum
- Rezension** Schui/Spoo (Hrsg.), *Geld ist genug da*

Ich bin nichts

Wie deutsche PolizistInnen Zivilcourage belohnen, durfte ein Bochumer Student vorigen Samstag am Recklinghäuser Hauptbahnhof hautnah erleben. Konsequenterweise den Empfehlungen fast aller PolitikerInnen folgend zeigte er Gesicht; sprich: interessierte sich (unvermutet) für die Hauptbeschäftigung des Bundesgrenzschutzes, die Überprüfung nicht-deutscher aussehender Personen. So selbstverständlich wie diese Situation, folgte auf Fragen nach dem Grund der Kontrolle der Platzverweis, als nächstes jedoch ein polizeiliches Verhalten, das den zahlreichen umstehenden Personen erstaunlich scheitern musste. Die Frage des braven Bürgers nach der Dienstnummer nämlich wurde nicht etwa wahrheits- und pflichtgemäß, sondern vielmehr mit der sehr plötzlichen und brutalen Festnahme beantwortet, was wiederum soviel bedeutet wie am Hals herumgerissen, auf die Straße geworfen, mit je einem Knie von Mann und Frau dort festgeklammert werden, die Handschellen so fest es geht angelegt bekommen, vor Wände und auf Treppen gestoßen werden und dergleichen.

Der Grund dieser Maßnahme wurde dem Betroffenen nach seiner Verschleppung in die direkt anliegenden Räumlichkeiten (Untersuchungszimmer mit Ausstattung incl. Latexhandschuhen und Fingerlingen zur Darmaus-

gangsuntersuchung) klar. Denn die Staatsdienenden erklärten ihre tiefeschürfenden Einsichten über die Denkweise von Linken. So konnten sie die im Internet verbreiteten Lügen über die Tätigkeiten ihrer Organisation und die Kampagne „dem BGS auf die Finger schauen“, überhaupt sei jeder zweite Ausländer kriminell und als rassistische Personenkontrollen könne man nur die Aktionen von New Yorker PolizistInnen bezeichnen, bei denen das Opfer bewusstlos geschlagen und dann erst kontrolliert werde.

Ich kann nichts

Vier Tage vor diesem Ereignis demonstrierte die Polizei in Essen ihre Haltung zur anderen Seite. Auf die Anreise mehrerer Hundert Nazis zum verbotenen Aufmarsch reagierte man nicht etwa mit der Einkesselung und Verhaftung der ganzen Bande. Stattdessen gab's den Kessel für die GegnerInnen, für die Nazis dagegen Polizeischutz, bis das BVerfG die so Hand in Hand geschaffenen Fakten mit dem erwartungsgemäßen Urteil guthieß.

Das 2313-Cover



Und die Täter hatten doch Gesichter: vier SA-Schergen in Berlin. Auch in Bochum triumphtierte die Lokal-Presse nach dem 1. April 1933: „Dieser eine Tag wird genügt haben, die Bochumer Bevölkerung mit aller Deutlichkeit auf die jüdischen Geschäftsunternehmen aufmerksam zu machen. [...] Auch die gesellschaftliche Boykottierung der Juden, die ebenso notwendig ist wie die geschäftliche, hat begonnen. Viele Vereinigungen haben jüdische Mitglieder ausgeschlossen und aus ihren Vorständen entfernt.“ (Rote Erde, 3. April 1933).

Falsche Experten

Am 26. April fand in Düsseldorf eine landesweite Demonstration gegen die Hochschulpolitik des Landes NRW statt. Wir dokumentieren im Folgenden die Rede von Daniel Fehér (AStA Uni Bonn) bei der Auftaktkundgebung in Auszügen.

Die so genannten Experten haben zu Beginn der Semesterferien einen Bericht geliefert, der keine einzige inhaltliche Aussage darüber enthält, was die Ziele der Bildung sein sollten, welche Aufgaben die Hochschulen erfüllen sollen. Statt dessen werden Hochschulen nur durch die Spatzwangbrille betrachtet, als handelte es sich um Aktiengesellschaften mit der Regierung und der Wirtschaft als ‚Shareholder‘.

Nach den Vorstellungen der Experten soll die komplette Umstellung der Abschlüsse auf das Bachelor-Master-System die Lösung für alle Probleme sein. Für welche Probleme? Für die überfüllten Veranstaltungen, für miserabel ausgestattete Bibliotheken oder für die einstürzenden Dächer mancher Uni-Gebäuden? Das Bundesland mit der schlechtesten Betreuungsquote will Studierende und DozentInnen dazu verdonnern, zwischen Hochschulorten zu pendeln – das nennt sich ‚Kooperation‘. Wenn die so genannten ‚Reformen‘ mit den Hochschulen abgestimmt worden sind – wieso muss das Ministerium dann zu erpresserischen Methoden greifen, um sie durchzusetzen? In Bonn, Düsseldorf und Bochum wurde den Unis mitgeteilt, dass sie die einmalige Chance hätten, ihre Lehramtsstudiengänge freiwillig auf Bachelor/Master umzustellen – oder sie komplett aufzugeben. Bei anderen Hochschulen und Fächern sah es genauso aus.

Das Lehramt ist ohnehin ein schönes Beispiel für die dilettantische Konzeptionslosigkeit von Ministerium und Expertenrat. Die diesbezüglichen Empfehlungen des Rates – in dem sich übrigens keine Person befand, die beruflich irgend etwas mit Lehrerbildung zu tun hätte – haben nichts, gar nichts mit Lehrerbildung zu tun. Kein Wort davon, welche Qualifikationen zukünftige Lehrerinnen und Lehrer brauchen werden. Kein Wort davon, welche Studieninhalte sinnvoll, welche sinnlos sind. Statt dessen die übliche Leier: Bachelor und Master bringen die Erlösung. Es ist offensichtlich: Das Lehramt wird hier lediglich instrumentalisiert, um die gestuften Abschlüsse auch für andere Studiengänge

durchzusetzen, weil das Ministerium hier den größten Spielraum hat. Das Ministerium, das es nicht einmal schafft, vernünftige Einstellungsprognosen zu erstellen und deshalb verzweifelt in benachbarten Bundesländern Lehrkräfte rekrutieren muss, will den derzeitigen Mangel an Lehrkräften dadurch beheben, dass es 6.000 zusätzliche Lehrerstellen schafft und gleichzeitig die Ausbildungskapazitäten abbaut.

Es kann daher keine Frage sein, was wir hier und heute wollen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich inhaltlich mit Studienreform beschäftigt. Wir wollen eine öffentliche Debatte um Konzepte anstelle von technokratischen Umstrukturierungen. Wir wollen diese Debatte über Bildung führen, nicht über Stellenkontingente, über Bildung, nicht über Management, über Bildung, nicht über Absolventenausstoß!

Bildung ist für uns ein essenzieller Bestandteil einer humanen, demokratischen, emanzipierten Gesellschaft. Wir wollen Menschen, die selbstbestimmt denken, entscheiden und handeln können. Menschen, die ihre politischen Vorstellungen nicht aus Big Brother oder der Bild-Zeitung beziehen müssen. Wir wollen auch Lehrerinnen und Lehrer, die diese Bildung, die wissenschaftliche Kritikfähigkeit auch schon in den Schulen vermitteln können. Wir glauben nicht, dass Bachelor-LehrerInnen nach einem dreijährigen Schnupperkurs in Sachen Wissenschaftlichkeit dazu in der Lage wären.

Bildung ist eine gesellschaftliche Kraft. Die Menschen brauchen keine Leitkultur, die ihnen sagt, was sie zu tun und zu lassen haben, sie brauchen die Fähigkeit, selbst die richtigen Werte und Ziele erkennen zu können.

Alle brauchen die Bildung – die Bildung braucht alle!



Transparent auf der Düsseldorfer Demo, 26. April 2001

Inhalt

- Seite 2:** Aktuelles
- Seite 3:** Hochschule: Rede zum Bildungsabbau
- Seiten 4/5:** Thema: *Anwalt ohne Recht* – Ausstellung
- Seite 6:** Antifa: Verdeckter Ermittler in Göttinger Anti-Atom-Szene enttarnt
- Seite 7:** Kultur: Rezension: Schui/Spoo (Hg.), *Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*
- Seite 8:** Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaften OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.
Redaktion: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder, Franz Wittich
V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum
Kontakt: c/o FR SoWi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum; Fax: 0234/9705081; E-Mail: 2313@gmx.de
WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Anwalt ohne Recht

Seit Ende April ist im Landgericht Bochum eine Wanderausstellung zu den „Schicksale[n] jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933“ zu sehen. Der folgenden Ausstellungskritik geht ein kurzer Abriss zur Geschichte des Anwaltsberufs im Faschismus voran.

Anwälte im Nationalsozialismus

Die Justiz gehört zu den besser erforschten Bereichen der Geschichte des Nationalsozialismus. Dabei standen die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und das Gerichtswesen – als offensichtliche Teile der Maschinerie des Unrechtssystems – im Mittelpunkt des Interesses. Kaum ins Blickfeld der Geschichtsforschung geraten ist die Rechtsanwaltschaft, die keinen direkten Teil des Unterdrückungsapparates darstellte, sondern zunächst als eine unter vielen Berufsgruppen anzusehen ist.

Was den Beruf Anwalt von dem des Richters unterschied, war die geringere staatliche Reglementierung der Zulassung – insbesondere konnten schon seit dem 19. Jahrhundert Juden Rechtsanwälte werden, zu einer Zeit, als ihnen viele andere Tätigkeiten noch aufgrund von Diskriminierungsgesetzen versperrt waren. So zählten 1933 in Berlin etwa die Hälfte aller Rechtsanwälte zu der von der nationalsozialistischen Reichsregierung als 'jüdisch' definierten Kategorie, auch wenn ein Großteil der in diesem angesehenen Beruf stehenden Großstadtbürger (und seit den 1920er Jahren Bürgerinnen) seit lan-

gem die jüdische Religion abgelegt hatte.

Die Berufsvertretungsorganisationen der deutschen Anwälte (Anwaltskammern und Anwaltsvereine) schalteten sich 1933 schon früh gleich. Der Deutsche Anwaltsverein (DAV), der bereits am 7. April 1933 seine 'jüdischen' Vorstandsmitglieder zum Rücktritt aufforderte, trat am 18. Mai 1933 korporativ dem Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen (BNSDJ) bei. Dort wurde am 30. September 1933 dann die Vereinsmitgliedschaft ausdrücklich auf 'Arier' beschränkt. Die Vereine, vor 1933 die bedeutendsten freiwilligen Berufsvereinigungen, verloren aber ohnehin rasch an Einfluss.

Die Vorstände der Anwaltskammern, in denen alle Anwälte automatisch Mitglied waren, wurden dagegen 1933 schnell von NSDAP-Parteimitgliedern besetzt und behielten noch bis zur Einrichtung einer Reichsrechtsanwaltskammer im Februar 1936 einige Kompetenzen bei der Überwachung der Berufsdisziplin. Auch sie wurden dann aber zu reinen Befehlsempfängerinnen degradiert und von einer zentralen Verwaltung aller den Anwaltsberuf Ausübenden abgelöst.

'jüdischen' Rechtsanwälte; nur eine Handvoll konnte noch mit deutlich eingeschränkten Möglichkeiten als 'Konsulent' tätig bleiben.

Die Ausstellung im Landgericht Bochum zeigt Einzelfälle für die genannten Personengruppen jeweils sowohl für den Berliner (13 Personen) wie für den kleineren Bochumer (sechs Personen) Teil. So wurden besonders politisch unliebsame Anwälte wie der Verteidiger Carl von Ossietzky im Prozess um den Spruch „Soldaten sind Mörder“, Rudolf Olden, schon 1933 aus dem Verkehr gezogen. Die Mehrzahl der gezeigten Fälle praktizierte noch unter Schwierigkeiten bis 1938, oft mit der Einschränkung, keine Notarfunktion mehr

ausüben zu können, was sie ihrer Haupteinkunftsquelle beraubte.

Ein Teil der Porträtierten wurden in Konzentrations- oder Vernichtungslagern, häufig nach Aufenthalt im 'Altenghetto' Theresienstadt, ermordet oder begingen Selbstmord. Einige wanderten nach Palästina oder in die USA aus; wieder andere hielten bis Kriegsende in Deutschland aus, weil die 'arische' Ehefrau Schutz vor der Deportation bot. So finden sich auch aus der Nachkriegszeit bekannte Namen wie Adolf Arndt (MdB für die SPD) oder Ernst Fraenkel (Verfasser der Studie über das NS-System *The Dual State*).

opfer ohne täter

Der Ausstellung kommt insgesamt ohne Zweifel das Verdienst zu, die Rechtsanwaltschaft als eine von den rassistischen Maßnahmen des NS-Systems sehr früh und sehr umfassend betroffene Personengruppe einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Knapp gehaltene Tafeln zwischen den Kurzbiographien durchbrechen das Anekdotische und ordnen es in die gesamte Politik gegenüber Anwälten ein. Eine Verortung innerhalb des gesamten Unrechtssystems findet nicht statt. Es kann wohl auch kaum von einer recht kleinen und thematisch eng begrenzten Ausstellung erwartet werden, dass sie sich auf geschichtstheoretische Argumentationen einlässt. Dennoch ist der Gesamteindruck, den die Ausstellung vermittelt, nicht unproblematisch. Schon der Untertitel der Ausstellung, der von „Schicksale“ spricht, macht deutlich, dass es um eines nicht geht: um die Täter. Statt dessen wird oft schematisch von „dem Nationalsozialismus“ gesprochen, wenn nicht ohnehin das bequemere Passiv bemüht wird, wie auf der letzten, mit „Fazit“ überschriebenen Tafel: „Ein ganzer Berufsstand war seiner Unabhängigkeit beraubt und der Entscheidungskompetenz des nationalsozialistischen Staates unterworfen worden.“

Ausgeblendet bleibt so der Anteil, den die 'arischen' Kollegen an der Ausgrenzung und Verfolgung ihrer Mitanwälte hatten. Die Ausstellung selbst nennt ein plausibles Motiv, indem sie auf der ersten Tafel auf die Ausweitung der Möglichkeiten, Anwalt zu werden während der Weimarer Republik hinweist, die zur Folge hatte, dass es zu großer Konkurrenz zwischen den RechtsanwältInnen kam. Un erwähnt bleibt hingegen z.B. im hauptsäch-

lich vom RUB-Geschichts-Dozenten Hubert Schneider ausgeführten Bochum-Teil (der ansonsten zumindest die für Einzelmaßnahmen gegen die Porträtierten verantwortlichen Stellen des NS-Apparates beim Namen nennt), dass schon am 30. März 1933, also noch vor der o.g. SA-Aktion der Bochumer Anwaltsverein in einer außerordentlichen Vorstandssitzung den 'jüdischen' Rechtsanwalt Röttgen abwählte. (Gleising 1993: 14). Erwähnenswert gewesen wäre sicherlich auch eine von Bochumer Geschäftsleuten finanzierte Sonderbeilage zur lokalen Nazi-Zeitung *Rote Erde* vom August 1935, in der zum Boykott gegen 150 'jüdische' Gewerbetreibende, darunter auch Anwälte, aufgerufen wurde (Gleising 1993: 19).

Dagegen gibt es eine ausführliche Tafel zum Anwaltsbeamten Willi Naatz, der als eine Art Schindler der Berliner Anwälte dargestellt wird, weil er auch nach 1933 bzw. 1938 Kontakt zu den jüdischen Anwälten gehalten habe. Auf diese Weise erfährt man didaktisch sinnvoll in der Form von Einzelbeispielen präsentiert zwar viel über die Verfolgung von 'Juden', fast nichts aber darüber, warum diese eigentlich verfolgt wurden oder auch nur wer sie eigentlich verfolgt hat.

hmk



Ausstellung
**Anwalt ohne Recht.
Schicksale jüdischer
Anwälte in Deutschland
nach 1933**
noch bis 30. Mai 2001, montags bis freitags 8 bis 16h
im Landgerichtsgebäude
Viktoriastraße, Eingang am
Husemannplatz

Verfolgung ohne Täter?

Nach einer deutschlandweiten Gewaltaktion von SA-Truppen, die am 31. März Gerichtsgebäude gestürmt und die 'Entfernung' 'jüdischer' Richter und Anwälte gefordert hatten, mussten im April 1933 alle 'jüdischen' Rechtsanwälte ihre Zulassung neu beantragen. Aussicht darauf, weiter praktizieren zu dürfen, hatten nur vor 1914 erstzugelassene 'Altanwälte' oder 'Frontkämpfer', also Männer, die auf deutscher Seite am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten. Schon mit diesen Rahmenvorgaben war der größte Teil der 'jüdischen' Anwälte praktisch mit Berufsverbot belegt. Ausgeweitet wurde dieses dann am 30. November 1938 auf ausnahmslos alle

Literatur:

Douma, Eva (1998) *Deutsche Anwälte zwischen Demokratie und Diktatur, 1930-1955*. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag (Univ. Diss. Bielefeld 1996).

Gleising, Günter (1993) *Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid: die Jahre 1933-1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten*. Altenberge: WURF-Verlag.

Under Cover

Anti-Atom-Gruppe ausspioniert

Telefonüberwachung, ZivilpolizistInnen auf Demos, verdeckte Ermittler in eigenen Reihe ... regelmäßig schieben in linken Zusammenhängen Aktive Paranoia, sie würden geheim überwacht oder ausgehorcht. Dass es genug Anlass zu solchen Befürchtungen gibt, zeigt nun ein aktueller Fall aus Göttingen. Ein Spitzel des Landeskriminalamtes Niedersachsen hat das dortige Anti-Atom-Plenum über ein Jahr lang unerkannt ausspioniert, wie die Rote Hilfe Göttingen jetzt öffentlich machte.

Der sich als Axel John Phillips ausgebende etwa 25-jährige war im Herbst 1999 in der Göttinger Anti-Atom-Szene aufgetaucht. Dort war er in der Folge sehr aktiv und hilfsbereit, stellte Auto und Gerätschaften für die Arbeit zur Verfügung etc. Nachdem kurz nach den Vorbereitungen für den Tag X in diesem Jahr, an denen er noch beteiligt war, der Spitzelvorwurf öffentlich wurde, verschwand er plötzlich aus Göttingen.

Axel John Phillips behauptete, in England geboren und in Dinslaken aufgewachsen und zur Schule gegangen zu sein. Für die Zeit zwischen Abitur 1995 und der Aufnahme eines Studiums in Berlin 1999 (von wo er bald darauf an die

Uni Göttingen wechselte) blieb sein Lebensweg unklar. Häufige Abwesenheiten aus Göttingen erklärte er mit seinem Job, er verkaufe Comics auf weiter entfernten Flohmärkten.

falsche identität

Doch weder an der angegebenen Adresse seiner Wohnung in Dinslaken noch unter den SchülerInnen seines angeblichen Abi-Jahrgangs ist „Axel John Phillips“ namentlich oder per Photo bekannt. Hingegen findet sich eine Person seines Aussehens in einem Abi-Jahrbuch des Jahres 1994 aus Rheine, un-

ter dem Namen Axel Brinker. In demselben Jahrbuch findet sich auch eine Vanessa Wagner, die nun wiederum – ausweislich des Klingelschildes – zusammen mit einem „A. Brinker“ in Hannover wohnt. Außerhalb Göttingens fährt Brinker, der in Anti-Atom-Kreisen mit einem Pkw mit Göttinger Nummernschild bekannt war, ein Auto mit dem Kennzeichen des Kreises Steinfurt (in dem Rheine liegt). Als Berufswunsch gab der Axel Brinker aus dem Abi-Jahrbuch zudem „Polizist“ an, was wohl auch erklären dürfte, was er zwischen 1995 und 1999 getan hat.

Abgesehen davon, dass selbstverständlich gefälschte Dokumente zur Erhärtung der Legende vorlagen (Ausweispapiere, ein Ausmusterungsbescheid des für Dinslaken zuständigen Kreiswehrratsamtes und ein britischer Führerschein) ist besonders erschreckend, wer alles in die Konstruktion eines verdeckten Ermittlers verstrickt ist. So mussten nicht nur Privatpersonen aus Axel Brinkers Umfeld die Legende auf Nachfrage stützen, sondern war offenbar auch die Gesamtschule in Dinslaken, an der „Phillips“ angeblich Abitur gemacht habe, angewiesen worden, entsprechend Auskunft zu erteilen. Sowohl das dortige Sekretariat als auch der Direktor persönlich belogen Nachfragende des Göttinger Anti-Atom-Plenums.

holzauge, sei wachsam

Mit solchem unglaublichen Aufwand, den man höchstens in schlechten US-amerikanischen Thrillern erwarten würde, observiert der Staat eine unbedeutende lokale Gruppe, die Demos plant, was bekanntlich eine der schwersten Straftaten hierzulande darstellt. War es in diesem Falle ein Landeskriminalamt, gibt es neben den anderen LKAs und dem BKA noch zwei weitere Ebenen, die zu geheimdienstlicher Observation befugt sind: der Verfassungsschutz (auch hier auf Bundes- und Länderebene) und der Bundesnachrichtendienst (BND). Bei soviel Personal wundert es nicht, dass auch auf den letzten der Kritik verdächtigen Haufen Andersdenkender noch verdeckte Ermittler gehetzt werden.

Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich ...

... drum lasst uns reformieren.

Auch im westlichen, hochindustrialisierten Deutschland sind die Einkommensverhältnisse extrem ungleich verteilt und statt sich anzunähern, wird auch unter Rot-Grün die Kluft zwischen Armen und Reichen immer größer. Diese Tatsache wird von der Regierung und der Wirtschaft weitgehend totgeschwiegen; ganz im Gegenteil ist jeden Tag aufs Neue die Rede vom Sparzwang, von Haushaltsdefiziten, und von ‚Sozialschmarozern‘, die die Staatskassen noch weiter leeren und den/die hart arbeitende/n DurchschnittsbürgerIn finanziell belasten. Doch nun hat sich der linke Rand der sozialdemokratischen und -reformerischen Kräfte zusammen gefunden, um zu beweisen: Geld ist genug da.

Die „Bürgerinitiative für Sozialismus“ präsentiert in diesem Band ihre Standpunkte. Die legale, ganz zu schweigen von der illegalen, Wirtschaftskriminalität kostet das Land mehrere Hundert Milliarden mehr als der Sozialstaat es tut, Großunternehmer wie Metro-Besitzer Otto Beisheim kontrollieren durch Figuren wie Leo Kirch die Medienlandschaft und nehmen aktiven Einfluss auf die Politik, Steuerreformen der alten und neuen Mitte verschaffen multinationalen Konzernen Vorteile, Staatskredite der Wirtschaft machen die Unternehmen reicher und die Regierung ärmer. Das Kapital wird zentralisiert und monopolisiert in den Händen der Mächtigen, und das im Erste-/Dritte-Welt-Themenkomplex oft beklagte Verteilungsdilemma kristallisiert sich auch im Inland mehr und mehr heraus, ohne genügend thematisiert zu werden. Hätten wir das alles nur schon vorher gewusst ...

kapitalismuskritik
für anfangerin

Die Themenbeiträge mögen der/dem unpolitischen LeserIn als Beiträge aus dem linken Spektrum erscheinen, sind aber nicht besonders radikal. Einer der Hauptkritikpunkte am

Umgang mit den ‚KapitalistInnen‘ ist die Steuerpolitik der Regierungen des In- und Auslands, die Steuerfluchtburgen und -paradiese erlauben, Steuerprivilegien zubilligen und das „Wohlstand für alle“-Versprechen der Profitlogik opfern. Fazit: Überall, aber besonders auch in dem (Ex-)Sozialstaat Deutschland, muss es eine Umverteilung von oben nach unten geben, das Geld muss da ausgegeben werden, wo es gebraucht wird, und nicht auf irgendwelchen Konten die Reichen reicher machen. Außerdem ist Arbeit für die meisten da, Stichwort: Arbeitszeitverkürzung.

Die Autoren (keine Innen ...) fordern mehr restriktive Kontrollen und mehr Druck von ‚oben‘. Trotzdem klingt eher die Botschaft „Böse Wirtschaft, armer inkompetenter Staat“ durch, wobei der Staat als Hauptverursacher des Problems recht gut wekommt und in seiner Autorität noch bestärkt wird. Die geforderten ‚radikalen‘ Lösungen sind etwa die Stärkung der Gewerkschaften und neue Steuergesetze. Solange man nicht zu reich ist und freiwillig etwas abgibt, ist das scheinbar schon okay. Fragen wie „Wollen wir denn Lohnarbeit leisten müssen, um (über-)leben zu können“, werden gar nicht erst gestellt. Trotzdem liefert das Buch ganz nette Argumente für Streitgespräche mit SystemliebhaberInnen, zum Beispiel über die Ursprünge und Hintergründe des Neoliberalismus und die ‚kriminelle Wirtschaft‘.

Tanja Tästensen



Herbert Schui/Eckart Spoo
(Hrsg.)

Geld ist genug da.
Reichtum in Deutschland.
Heilbronn: Distel 2000.
159 Seiten, 26 Mark
ISBN 3-929348-23-3

auch erhältlich am

NOTSTAND

Studiert bloß nicht in ...



Teil 3: Hannover

Selbst die eifrigsten KapitalistInnen werden zugeben müssen, dass Karl Marx zumindest einmal den Nagel auf den Kopf getroffen hat, als er nach einem Hannoveraufenthalt festhielt: „zum Bersten langweilig“. Ganz wie an den Grundlagen des Kapitalismus hat sich hieran seit Marxens Zeiten nicht viel geändert.

Obwohl es zwei angestrenzte Versuche gab.
1. Die Passarelle: Vermutlich ausgelöst durch die erdrückenden 50er Jahre, haben die HannoveranerInnen ihre FußgängerInnenzone unter die Erde verlagert. Und damit man das alles für voll nimmt, gilt dort ein eigenes Gesetz: das Passarellengesetz.

2. Die Expo: Bekanntermaßen haben Weltausstellungen spätestens seit der letzten Jahrhundertwende jeglichen Sinn und Reiz jenseits eines Jahrmarktcharmes verloren. Dass die Expo in Hannover noch nicht einmal einen solchen vorweisen konnte, sei jetzt mal dahingestellt, hat die doch der auch infrastrukturell unterbelichteten Stadt, ein wegweisendes Wahrzeichen geschenkt. Was der Eiffelturm Paris, der Glaspalast London, ist der Y-Verkehr des lokalen Verkehrsbetriebs üstra für Hannover.

Dies hat bekanntlich nicht zur Steigerung der Attraktivität der Stadt beigetragen. So wird der/die gemeine Durchreisende sich wahrscheinlich niemals in die Unimensa am Schneiderberg verirren. Selbst die antirevolutionärsten Subjekte der Bochumer Studierendenschaft würden durch einmaliges Essen dort – vorausgesetzt, sie kennen die Bochumer Mensa – die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft schmecken und (mindestens) zur Umstürzung der Verhältnisse im AkaFö schreiten.



Mittwoch, 9. Mai

17h, Landgericht Bochum, Saal C 41, Eingang Westring **Das OLG Hamm im Nationalsozialismus**

Vortrag von Hans-Eckhard Niemann, Warendorf, im Rahmen der Vortragsreihe zur Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ (vgl. S. 4/5).

20h, Bf. Langendreer, Raum 6 (Wallbaumweg 108) **Castor-Transporte – Reise ans Ende der Demokratie!**

Der letzte – von La Hague nach Gorleben durchgeprügelte – Castor-transport hat wieder deutlich gezeigt, dass Demokratie und Atomstaat sich gegenseitig ausschließen. Diese Reise ans Ende der Demokratie wollen wir aufarbeiten und überlegen, wie wir uns in Zukunft vor solchen Übergriffen schützen können.

Mit Luise Schatz (als Demobeobachterin für das Komitee für Grundrechte und Demokratie im Wendland) und Umweltjurist Daniel Burkholz.

9. bis 11. Mai

Essen-Steele, GREND, Westfalenstr. 311 **Seminar „Flüchtlingsfrauen und Gewalt“**

Kosten und genaues Programm bitte erfragen
Veranstalterin: Umbruch – Bildungswerk für Friedenspolitik
Nähere Informationen: <http://www.umbruch-bildungswerk.de>.

Donnerstag, 10. Mai

19h30, Bf. Langendreer, Raum 6 (Wallbaumweg 108) **Eckart Spoo: „Ohne Irreführung der Öffentlichkeit, ohne Lügenpropaganda wäre es nicht möglich gewesen, diesen völkerrechtswidrigen Krieg zu führen.“**

„Es begann mit einer Lüge“, lautete am 8.2. in der ARD der Titel einer WDR-Fernsehdokumentation über die Informationspolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien.

Erstaunlich ist, warum dies erst nach zwei Jahren in der ARD gesendet wurde, obwohl Eckart Spoo (Journalist) z.B. frühzeitig darauf aufmerksam gemacht hatte. Schon während des Krieges fuhr er nach Jugoslawien und versuchte, mit seinen Berichten der Regierungspropaganda entgegenzutreten. Spoo unterstützte im vergangenen Jahr maßgeblich das Zustandekommen eines „Tribunals“ über den Nato-Krieg.

Informationsveranstaltung mit dem Journalisten.

Samstag, 12. Mai

10–18h, Essen-Steele, GREND, Westfalenstr. 311 **Fachtagung „Flüchtlingsfrauen und Gewalt“**

Mit Betroffenen, psychotherapeutischen Fachärztinnen und Vertreterinnen von IPPNW und türkischen sowie kurdischen Menschenrechtsinitiativen, darunter der Bochumer Rechtsanwältin Heike Geisweid (Schwerpunkt Asyl)

Moderation: Ele Beuthner (WDR).

Teilnahmekosten: 70 Mark

Anmeldung und nähere Informationen: <http://www.umbruch-bildungswerk.de>.

Weitere Termine aktuell auf ...

<http://www.bo-alternativ.de>